standpunkt

Nr. 3/2010 19. März 2010

DGB-Bundesvorstand, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik

Odyssee ohne Happy End

Merkel schleudert ihre Blitze auf die Akropolis. Der „freche Grieche" soll für sein Leben in Saus und Braus büßen. Mit drastischen Folgen: In Athen werden Ouzo und Tabak teurer, Staatsdiener hingegen billiger. Dimitris und Xenia müssen zukünftig länger arbeiten und bekommen eine niedrigere Rente. Um vier Prozent soll das Haushaltsdefizit allein im laufenden Jahr sinken. Die Zwangsdiät hat jedoch große gesundheitliche Risiken und Nebenwirkungen. Das Brüsseler Spardiktat verurteilt die tapferen Griechen zu einer ökonomischen Irrfahrt. Doch anders als im Heldenepos Odyssee gibt es diesmal kein gutes Ende. Die griechische Wirtschaft schrumpft noch immer. Wenn dem hellenischen Wirtschaftskreislauf jetzt noch weitere Milliarden Euro entzogen werden, droht der Stillstand. Zwei bis vier Prozent Wachstumsverlust kostet der Sparkurs. Weniger Wachstum bedeutet aber mehr Arbeitslose, weniger Steuern und höhere Schulden.

Wenn Odysseus in Seenot gerät, droht auch der Eurotanker leck zu schlagen. Seitdem der Pleitegeier über der Akropolis kreist, geht in den Frankfurter und Pariser Glasspalästen die Angst um. Griechenland steht allein bei Ackermann, Blessing & Co. mit 43 Milliarden US-Dollar in der Kreide. Der heimischen Industrie geht es nicht viel besser. Für über 100 Milliarden Euro kaufen Südeuropäer und Iren jährlich deutsche Autos, Maschinen und Anlagen.

Kurzum: Es kann nur eine gemeinsame europäische Lösung der hellenischen Schuldenkrise geben. Zunächst müssen die Griechen aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit werden. Goldmann Sachs – die ehemaligen Schuldenberater der Hellenen -, JP Morgan & Co. wetten mit Kreditderivaten auf die Pleite Griechenlands. Ratingagenturen, die noch kürzlich Giftpapiere mit Bestnoten versahen, schreiben Athen in Grund und Boden. Die Risikoprämien steigen. Papandreou muss jetzt höhere Zinsen zahlen. Die Angriffe der Spekulanten hätten verhindert werden können. Hätten die europäischen Staatenlenker und Währungshüter beherzt eingegriffen - mit Eurobonds, Beistandskrediten oder Finanzhilfen – wäre das Casino heute noch leer. Auf regulierten Kreditderivatemärkten und mit entmachteten Ratingagenturen hätten die Zocker nur noch halb so viel Spaß gehabt.

Geiselbefreiung reicht aber nicht aus. Die griechische Wirtschaft muss wieder flott gemacht werden. Aus eigener Kraft geht das nicht. Das Euroland ist eine Zweiklassengesellschaft. Hoch produktive Teutonen und Gallier belegen die Belle Etage. Griechen, Spanier und Italiener müssen im Keller wohnen. So kann die Hausgemeinschaft nicht funktionieren. Ursächlich ist die unterschiedliche Lohnentwicklung. Im Hochproduktivitätsland Deutschland kommen die Löhne kaum vom Fleck. In der Ägäis klettern die Löhne stärker als die Produktivität. Nur um hier keine Missverständnis aufkommen zu lassen: Auf der griechischen Party waren nicht Alle eingeladen. Jeder fünfte Grieche

DGB-Bundesvorstand, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik
Verantwortlich: Claus Matecki, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Kontakt: carina.ortmann@dgb.de

lebt in Armut. Kräftige Lohnzuwächse weniger Spitzenverdiener sorgten für steigende Durchschnittslöhne.

Seit dem Start der Währungsunion sind die griechischen Lohnstückkosten – das Verhältnis von Löhnen zu Produktivität - geradezu explodiert. Sie stiegen bis 2008 zehnmal so stark wie hierzulande. Folglich werden deutsche Produkte immer billiger. Griechische Waren verteuern sich. Während immer mehr Porsche und BMW durch die Straßen von Athen und Thessaloniki rollen, trinkt der deutsche Michel immer weniger griechischen Wein. Das ist nicht gesund.

Folglich eilen die deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse von Gipfel zu Gipfel. Gleichzeitig versinken Griechenland, aber auch Spanien, Italien und Portugal im Schuldenmeer. Ihren schmerzhaften Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gleichen auch milliardenschwere EU-Subventionen nicht mehr aus.

Da ist guter Rat teuer. Abwerten geht im Euroclub nicht mehr. Sparen und Löhne runter würgt den Wachstumsmotor ab. Nur wenn hierzulande Löhne und Staatsaugaben wieder stärker steigen, hat das südliche Euroland eine realistische Chance auf höhere Exporte und somit wirtschaftliche Erholung. Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, dann droht nicht nur den Griechen eine Odyssee ohne Happy End.

DGB-Bundesvorstand, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik
Verantwortlich: Claus Matecki, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Kontakt: carina.ortmann@dgb.de